

Antrag der Fraktion der CDU

Arbeit der Tagesmütter wertschätzen – pünktliche Bezahlung endlich sicherstellen!

Durch das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) ist der Status der Kindertagespflege als alternative Betreuungsform zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen aufgewertet worden. Der Tagespflege, die gemäß des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) sowie gemäß § 22 und § 23 des Sozialgesetzbuchs VIII (SGB VIII) als eine einer institutionellen Kinderbetreuung gleichrangigen Form der Betreuung gilt, kommt beim Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder im Alter von unter 3 Jahren ein beachtlicher Stellenwert zu. Gemäß den Zielen der Bundesregierung sollen 30 % der insgesamt geplanten Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter 3 Jahren in der öffentlichen Kindertagesbetreuung entstehen. Vor dem Hintergrund des geplanten Ausbaus der Kindertagesbetreuung, aber auch vor dem Hintergrund der verstärkten Anstrengungen, das Kindeswohl zu schützen, kommt den Tagesmüttern und Tagesvätern in einer Stadt wie Bremen eine wichtige Rolle zu.

Um die Kindertagespflege als eigenständige Berufsform aufzuwerten, hat die Bundesregierung nach Absprache mit Finanz- und Sozialministern der Länder beschlossen, die Einkommen der Tagespflegepersonen, die ihre Entgelte über die wirtschaftliche Jugendhilfe der Kommunen erhalten, ab 1. Januar 2009 zu besteuern. Gleichzeitig wurde die zu zahlende Aufwandspauschale erhöht. Dennoch stellt sich die Kindertagespflege als zunehmend unwirtschaftlich dar.

Während andere Bundesländer und Kommunen bereits aktiv daran arbeiten, die Tagespflegepersonen über die bevorstehenden Änderungen ab Januar 2009 zu informieren, zu beraten und ihnen attraktive Angebote hinsichtlich der Höhe ihrer Entgelte machen, um sicherzustellen, dass keine der dringend benötigten Tagespflegepersonen ab Januar 2009 ihre Tätigkeit aufgeben, müssen die Tagespflegepersonen in Bremen derzeit noch darum kämpfen, dass sie überhaupt bzw. pünktlich und korrekt bezahlt werden. Bereits im Sommer/Herbst 2007 beklagten die Tagesmütter und Tagesväter die Geringschätzung ihrer Arbeit, die sie seitens der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales erfahren. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die der Ausbau der Kindertagesbetreuung an die Stadtgemeinde Bremen stellt, ist dieser Zustand nicht länger hinnehmbar.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die pünktliche und korrekte Bezahlung von Tagespflegepersonen, die ihre Entgelte von der wirtschaftlichen Jugendhilfe des Amtes für Soziale Dienste erhalten, in allen Stadtteilen Bremens sicherzustellen.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Tagespflegepersonen in der Stadtgemeinde Bremen bis zum 31. Dezember 2008 über die Anfang 2009 eintretenden Veränderungen in der Besteuerung der Entgelte sowie deren Auswirkungen zu informieren.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den zuständigen Gremien sowie der Stadtbürgerschaft bis zum 31. Dezember 2008 ein Konzept vorzulegen, welches die im Hinblick auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung benötigten Betreuungsplätze in der Kindertagespflege, des benötigten Kindertagespflegepersonals und die einzuleitenden Schritte zur Aufwertung der Kindertagespflege in der Stadtgemeinde Bremen, darstellt.

Sandra Ahrens,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU